

## »Internationalisierung mit Augenmaß«

### Baden-Württemberg: Regierung beschließt Gesetzentwurf zu Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer

Von Ralf Wurzbacher



Foto: Deniz Calagan/dpa-Bildfunk

Deutschlands Hochschulen sollen weltoffener werden. So steht es in der »Internationalisierungsstrategie« für Bildung, Wissenschaft und Forschung, die die Bundesregierung unlängst beschlossen hat. Bildungsministerin Johanna Wanka (CDU) im O-Ton: »Ein freier Geist kennt keine Grenzen, er überwindet sie.« Grüne und CDU in Baden-Württemberg sind so frei, ihre Unis einzumauern. Einlass erhalten sogenannte Nicht-EU-Ausländer demnächst nur noch gegen Geld. Am Dienstag hat die Landesregierung dazu ihren Gesetzentwurf auf den Weg gebracht. Wird der planmäßig im Mai vom Landtag verabschiedet, müssen internationale Studierende ab dem Wintersemester 2017/18 einen jährlichen »Eigenbeitrag« von 3.000 Euro leisten.

Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne) verkauft das Projekt mit dem Slogan »Wissenschaft stärken und Internationalisierung mit Augenmaß gestalten«. Das klingt besser als: Neue Bildungshürden schaffen. Weil Kritiker ihr das vorwerfen, hat Bauer ihre ursprünglichen Pläne leicht entschärft. So sollen mittels Stipendien und diversen Ausnahmeregelungen Menschen aus »entwicklungsschwachen Ländern« sowie Asylsuchende, »bei denen die Anerkennung (...) mit hohem Grad wahrscheinlich ist« von der Zahlungspflicht ausgenommen werden. Außerdem sollen von den 1.500 Euro pro Semester 300 Euro bei den Hochschulen verbleiben, um die »Studienbedingungen für diese Gruppe zu verbessern«.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) ließ am Dienstag vor Pressevertretern durchblicken, worum es ihm geht. »Niemand, der dauerhaft seinen Lebensmittelpunkt in Deutschland hat, muss Gebühren bezahlen – ungeachtet von Herkunft und Nationalität. Wir möchten lediglich, dass Studierende, die von außerhalb der EU zu uns kommen, um ein Studium von hoher Qualität zu absolvieren, ebenfalls einen moderaten Beitrag für unser Hochschulsystem leisten.« Übersetzt heißt das: Wer dem Standort Deutschland nicht langfristig nützt, soll dem Staat auch nicht auf der Tasche liegen. Der überwiegende Teil der Einnahmen soll entsprechend in die Landeskasse fließen, um die Vorgaben der »Schuldenbremse« zu erfüllen.



Foto: Deniz Calagan/dpa-Bildfunk

»Auch diverse Ausnahmetatbestände machen Studiengebühren kein bisschen besser, sondern dienen lediglich zu deren Durchsetzung«, beklagte Janek Heß vom Freien Zusammenschluss von Studentenschaften« (FZS) laut einer gemeinsamen Erklärung von FZS, dem Bundesverband Ausländischer Studierender (BAS) und dem Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS). ABS-Koordinator Kurt Stiegler monierte: »Das ist eine gefährliche Rolle rückwärts, da so die Tür geöffnet wird, bald auch wieder allgemeine Studiengebühren für alle einzuführen.« Im Verbund mit der »Ausländermaut« sollen ab Herbst Gebühren für ein Zweitstudium erhoben werden, allerdings »nur« in Höhe von 650 Euro pro Semester.

Dass dies der Auftakt zu mehr sein könnte, fürchtet auch Doro Moritz, Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Baden-Württemberg. Das Bezahlstudium für alle »könnte bald wieder diskutiert werden«, erklärte sie. Statt einer Ökonomisierung des Bildungsbereichs sei eine andere Steuerpolitik nötig. So plädierte Moritz für die Einführung einer Vermögens- und Erbschaftssteuer. »Dann kann der Bildungs- und Hochschulbereich angemessen ausgestattet werden.« Ferner warnte die Gewerkschafterin vor einem »Verlust von klugen Köpfen aus aller Welt und einer Schwächung der internationalen Reputation«. Gerade vor dem Hintergrund des »aufkeimenden Rechtspopulismus« hält sie eine »Hochschulmaut« für »politisch bedenklich«.